

„Waffen haben in Privatwohnungen nichts zu suchen“

Uli Sckerl, parl. Geschäftsführer und stellv. Vorsitzender der Fraktion Grüne im Landtag

19. Juli 2012

„Bereits im Sonderausschuss zum Amoklauf in Winnenden haben wir uns für gesetzliche Beschränkungen bei Waffen und Munitionsstückzahlen im Privatbesitz eingesetzt.“

„Warum Waffen im Allgemeinen und Großkaliberwaffen im Besonderen unbedingt zu Hause gelagert werden müssen, konnte mir noch niemand schlüssig erklären.“

„Anscheinend hat die Waffenlobby in manchen Bundesländern immer noch einen viel zu großen Einfluss.“

Grüne fordern: Zugang zu Waffen erschweren - Kontrollen strikt weiterführen - Zahl der illegalen Waffen senken

Nach den jüngsten Gewalttaten in Karlsruhe fordern die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg Verschärfungen im Waffenrecht. „Bereits im Sonderausschuss zum Amoklauf in Winnenden haben wir uns für gesetzliche Beschränkungen bei Waffen und Munitionsstückzahlen im Privatbesitz eingesetzt“, sagt Uli Sckerl, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Grüne.

Ebenso müsse es Beschränkungen bei Kaliber, Feuerkraft, Gefährlichkeit und Nachladegeschwindigkeit zum Beispiel von Großkaliberwaffen geben. Klar sei, dass mit gesetzlichen Regelungen zwar solche Taten wie jüngst in Karlsruhe nicht vollständig verhindert werden können. Ohne den Zugang zu Waffen allerdings werde es zumindest unwahrscheinlicher, dass sich solche Taten wiederholen.

„Warum Waffen im Allgemeinen und Großkaliberwaffen im Besonderen unbedingt zu Hause gelagert werden müssen, konnte mir noch niemand schlüssig erklären“, sagt Uli Sckerl weiter. Es gäbe vielleicht noch bei Jägern die Notwendigkeit von Ausnahmeregelungen, aber selbst bei Sportschützen gäbe es keine stichhaltigen Argumente für eine Lagerung in Privatwohnungen.

Sckerl, innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, bezeichnet es als bittere Erfahrung, dass eine entsprechende Bundesratsinitiative durch die bestehenden Mehrheitsverhältnisse dort im Moment keine Chance hätte: „Anscheinend hat die Waffenlobby in manchen Bundesländern immer noch einen viel zu großen Einfluss.“

„Die Verschärfung des Waffengesetzes 2009 sowie die Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen auf Landesebene haben sich in der Umsetzung bewährt“, sagt Uli Sckerl. „Aber es wird immer wieder deutlich, dass gesetzliche Beschränkungen allein furchtbare Taten nicht verhindern können.“ Auch die beschlossene Einführung eines nationalen Waffenregisters sei laut Sckerl zu begrüßen und basiert in der Umsetzung auf einer Empfehlung des Sonderausschusses Winnenden. Doch das allein reiche noch nicht.

Das sind unsere Forderungen

1. Die Zahl der Waffen im Privatbesitz muss reduziert werden (unabhängig von Jägern und Sportschützen).
2. Weitere gesetzliche Beschränkungen bei Waffen und Munitions-Stückzahlen im Privatbesitz
3. Getrennte Aufbewahrung von Waffen und Munition außerhalb der Privatwohnung. Schützenvereine müssen hier stärker in die Pflicht genommen werden.
4. Verbot von großkalibrigen Faustfeuerwaffen in Privatbesitz
5. Anhebung der Altersgrenze zum Sportschießen mit Großkaliber-Waffen von derzeit 18 auf 21 Jahren. Kontrollen müssen strikt weitergeführt werden.

„Über eine Bundesratsinitiative werden wir eine Verschärfung des Waffenrechts angehen, insbesondere mit dem Ziel, ein generelles Verbot für den Privatbesitz von großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchzusetzen.“

„Eine Ausnahme wird es nur für Jäger geben.“

„Wir streben eine dauerhafte höhere Kontrolldichte durch die Waffenbehörden an.“

„Der grün-rote Koalitionsvertrag sieht vor, das Waffenrecht zu verschärfen. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir ein generelles Verbot für den Privatbesitz von großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchsetzen“, sagt Sckerl. „Eine Ausnahme wird es nur für Jäger geben.“ Auch die Kontrolle der so genannten Altfälle unter den Sportschützen im Waffenrecht müsse strenger und rechtssicher geregelt werden. „Wir streben eine dauerhafte höhere Kontrolldichte durch die Waffenbehörden an“, so Sckerl abschließend.

Zur Person

Der Weinheimer Abgeordnete der Grünen Uli Sckerl, Jahrgang 1951, ist seit 2006 Landtagsabgeordneter und seit 2011 parlamentarischer Geschäftsführer, stellvertretender Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der Fraktion Grüne. Er gehört aktuell dem Untersuchungsausschuss zum „EnBW-Deal“ an.

Kontakt:

Tel. 0711-2063 658

E-Mail:

Hans-Ulrich.Sckerl@gruene.landtag-bw.de

Zahlen – Legale und illegale Waffen

In Baden-Württemberg (Stand 30. Juni 2011) sind 150.872 Personen im Besitz von 762.121 erlaubnispflichtigen Waffen. Bei den Personen handelt es sich um Sportschützen, Jäger, Erbwaffenbesitzer und Altwaffenbesitzer.

Die Anzahl der illegalen Waffen in Baden-Württemberg beträgt nach Schätzungen von Sicherheitsbehörden zwei Millionen. In Deutschland geht man von 20 bis 30 Millionen illegalen Waffen aus.